

Theodor Ebert

Erinnerungen eines Friedensforschers an fünfzig Jahre kirchlicher Friedensarbeit

Vortrag am 18.4.2013 beim Dietrich-Bonhoeffer-Verein im Schleiermacher-Haus in Berlin-Mitte, Taubenstraße 3

Was steht im Wahlprogramm der SPD?

Am Sonntagnachmittag, den 14. April 2013, habe ich in Phönix-TV die Übertragung der Rede des Kanzlerkandidaten der SPD, eines Leutnants der Reserve, gehört und dann auch noch – einer Empfehlung der ARD-Abendschau folgend – das Wahlprogramm der SPD für das Wahljahr 2013 im Internet nachgelesen. Mich interessierte, was die SPD zur Verteidigungspolitik, zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, zu Rüstungsexporten, zur Anschaffung von Kampf-Drohnen – also zu den Themen der Ostermärsche dieses Jahres zu sagen hat.

Ich hätte diese Informationen gerne hier eingangs zitiert. Ich kann es nicht. Absolute Fehlanzeige. Alle eben genannten Themen kommen im Wahlprogramm nicht vor. „Das macht ja nichts, das merkt ja keiner.“

Sich mit diesen Themen zu befassen, ist für Peer Steinbrück und die SPD kein Weg, um aus dem Umfragetief zu gelangen. Das kann ich als Politikwissenschaftler sogar verstehen. Die Wähler orientieren sich bei ihrer Entscheidung nicht an außen- und sicherheitspolitischen Themen. Das Herz schlägt unter der Briefftasche. Und für den Inhalt von Briefftaschen und Bankkonten ist Peer Steinbrück ein anerkannter Fachmann.

Doch ich sage es vorweg: Ich mag einen Mann, der sich zu den friedenspolitischen Themen ausschweigt, nicht wählen. Solches Schweigen lässt mich im Krisenfall Schlimmes befürchten. Dass eine rot-grüne Koalition einen Angriffskrieg gegen Serbien führen könnte, war aufgrund des Wahlprogramms von Rot-Grün vor dem Amtsantritt von Schröder und Fischer kaum für möglich gehalten worden.

Womit sollen die Erinnerungen einsetzen?

Ich habe hier Erinnerungen eines Friedensforschers an ungefähr fünfzig Jahre kirchliche Friedensarbeit angekündigt. Es sollen meine persönlichen Erinnerungen sein. Als ich bei der Leipziger ESG 2009 über ein ähnliches Thema sprach, habe ich bei der Kindheit angefangen. Jetzt setze ich Anfang der 60er Jahre, also mitten im Studium, ein.

Es ist nicht unwichtig, welche Erfahrungen ein Sozialwissenschaftler, der 1937 in Stuttgart geboren wurde, in seiner Kindheit und Jugend gemacht hat und wie seine kirchliche Sozialisation aussah. Doch ich spare diesen Abschnitt meines Lebens hier aus, weil der Leipziger Vortrag sich auf meiner Homepage nachlesen lässt und die Veranstalter diese Homepage (www.theodor-ebert.de) auch empfohlen haben.

Ich will heute mit einem kirchenpolitischen Positionspapier zur Frage des Friedens- und der Sicherheitspolitik im Atomzeitalter einsetzen. Ich war an der Formulierung

dieses Positionspapiers noch nicht beteiligt, aber ich verstehe es als den Ausgangspunkt meiner anschließenden friedenspolitischen Arbeit. Ich meine die Heidelberger Thesen aus dem Jahre 1959. Man kann sie im Internet aufrufen.

Ich will hier die 8. These zitieren, weil deren letzter Satz wie ein Menetekel über dem Wahlkampfprogramm 2013 der SPD schwebt. Den Wahlkampfstrategen ist wahrscheinlich nicht bewusst, dass sie eine politische Aufgabe verdrängen, die sie eigentlich immer im Auge behalten und die sie bearbeiten sollten, solange sie noch Zeit dazu haben.

Das Noch der Heidelberger Thesen

Diese 8. Heidelberger These lautet – und ich setze in diesem Kreise voraus, dass Sie wissen, wie dieses Papier unter Beteiligung von Helmut Gollwitzer und Carl Friedrich von Weizsäcker – zustande gekommen ist:

Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen

Verzichtet die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegelt. Wir können nur glauben, dass derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klarmacht. Voraus wissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden Fall, dass es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, dass unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verloren gingen. Wie weit oder unter welchen Voraussetzungen in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht.

Die Beibehaltung der westlichen Atomrüstung strebt an, dieses Risiko zu vermeiden. Sie läuft dafür das Risiko des Atomkrieges. Dies ist die Haltung, die die westliche Welt tatsächlich einnimmt. Wir müssen uns darüber klar sein, dass jeder politische Vorschlag, der in der absehbaren Zukunft Aussicht auf Verwirklichung haben soll, die Beibehaltung dieser Rüstung zum mindesten seitens Amerika voraussetzen muss.

Dies allein braucht die Kirche nicht zu bewegen, diese Haltung anzuerkennen. Die Kirche kommt in der Geschichte immer wieder in Lagen, in denen sie zu der einzigen Politik, die zur Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat, nein sagen muss. Uns scheint jedoch, dass, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muss nur unbedingt feststehen, dass sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und dass nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

Ich wiederhole den letzten Halbsatz „und dass nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.“

Am Anfang der Friedensforschung in Deutschland stand die Frage: Wie überwinden wir den instabilen Zustand der mutual assured destruction?

Für Christen war das drängende Problem, dass bei der atomaren Abschreckung dem Gegner etwas angedroht wird, das man nicht realisieren darf, weil es ein Kriegsverbrechen sondergleichen wäre.

Durch die Wasserstoffbomben und die Interkontinentalraketen war in der Geschichte der Menschheit eine neue Situation entstanden. Analysiert hat dies wirklich luzide Hans Herz in seinem Buch „Weltpolitik im Atomzeitalter“. Was war neu?

Nicht neu war der Christenheit, sofern sie lesen konnte, dass das Führen von Kriegen den Aussagen Jesu in der Bergpredigt widerspricht. Diese Lehre Jesu war aber nur dann relevant, wenn man in Jesus eine Autorität sah, deren Empfehlungen man nicht zuwiderhandeln durfte. Eine solche Autorität war aber Jesus von Anfang an nur für wenige Menschen. Sein Gebot der Feindesliebe ist auf der makropolitischen Ebene seit dem Jahre 312 auch von denen, die sich Christen nannten, permanent missachtet worden. Nur die Friedenskirchen und kleine pazifistische Gruppen innerhalb der Großkirchen bildeten eine Ausnahme.

Das Neue war nun aber im Atomzeitalter, dass es jetzt nicht mehr darum ging, ob man in Jesus den Messias sah und sich an seine Gebote hielt, sondern dass man erkennen konnte: Die Besitzer von Atomwaffen können durch deren Einsatz der Geschichte der Menschheit ein Ende setzen. Ich wiederhole: Die Atomwaffen und die Automatisierung und Unumkehrbarkeit ihres Einsatzes ermöglichten ab den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts das Beenden der Geschichte der Menschheit. Die Menschheit bzw. einzelne Menschen in bestimmten Positionen verfügen seitdem über eine doomsday machine. Das wussten die Verfasser der Heidelberger Thesen. Und sie sagten sich: Das darf und kann kein Dauerzustand sein. Das Gleichgewicht des Schreckens hält vielleicht im Moment, aber man weiß nicht wie lange. Und wenn es schief geht, ist es die absolute Katastrophe.

Was kann man tun?

Das erste ist: Man muss auf die Gefährlichkeit und Instabilität der Lage hinweisen. Einer der Mitverfasser der Heidelberger Thesen war der Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Er hat große Verdienste als fachkundiger Warner erworben. Mit ihm sagten einige Christen: Den Einsatz dieser Maschinerie darf man nicht vorbereiten. Woher sollen wir wissen, ob sie sich im Krisenfall beherrschen lässt?

Am Anfang stand die Warnung vor der Unterschätzung der Gefahren. Ein Meilenstein war die Göttinger Erklärung von 18 Physikern vom 12. April 1957. Sie richtete sich gegen die Verharmlosung der Atomwaffen als „Fortentwicklung der Artillerie“ - so Adenauer – und diese Physiker – unter ihnen mehrere Nobelpreisträger - verschärften die Warnung durch die Weigerung, sich an der Entwicklung dieser Waffen zu beteiligen. Das änderte aber noch nichts daran, dass die Großmächte über diese Waffen verfügten und dass die Deutschen in ihren jeweiligen Militärpakten an diesen Atomwaffen partizipierten.

Weizsäcker hat die Warnung vor den Folgen eines Atomkrieges auf eine

wissenschaftliche Basis gestellt, indem er die Auswirkung eines Atomkrieges in Deutschland in einer damage assessment Studie untersuchte. Diese Teamarbeit erschien unter dem Titel „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“. Danach war nicht mehr zu leugnen, dass Deutschland einen Atomkrieg als Industriegesellschaft nicht überstehen könnte und an einen Wiederaufbau nach einem wie auch immer gewonnenen oder verlorenen Krieg nicht ernsthaft mehr zu denken war.

Die Herausforderung durch die Lügen des Zivilen Bevölkerungsschutzes

An diesen damage assessment Studien war ich als Wissenschaftler nicht beteiligt. Als Student der Geschichtswissenschaft, der sich auch mit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik befasst hatte, war ich aber mit Weizsäckers Einschätzung der Folgen eines weiteren Krieges auf deutschem Boden einverstanden. Ich ärgerte mich mit vielen anderen Deutschen darüber, dass im Auftrag der Regierung die Funktionäre des Zivilen Bevölkerungsschutzes die Überlebenschancen im Falle eines Atomkrieges in dummdreister Weise optimistisch einschätzten. In Tübingen habe ich 1960 eine solche Aufklärungsveranstaltung des Zivilen Bevölkerungsschutzes besucht. Ich war so entsetzt über diesen Versuch, die Deutschen für dumm zu verkaufen, dass ich in meiner Ohnmacht etwas tat, das ich bei Gandhi, vielleicht auch bei Jesus gelernt hatte. Ich fastete ganz allein in meinem Zimmer drei Tage lang, um die innere Fassung wieder zu erlangen.

Ich überlegte, was zu tun sei. Ich will mein Verhalten nicht als beten bezeichnen. Es war eben so eine Art inneren Ringens um einen Ausweg. Ich habe gefastet, um diesem Nachdenken eine äußere Form zu geben. Andere setzen sich vielleicht in vergleichbarer Lage auf ein Kissen und bringen eine Bronzeschale zum Klingen. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.

Ich will jetzt beileibe nicht behaupten, dass ich während dieser Fastenübung wie ein alttestamentlicher Prophet irgendwelche Weisungen erhalten hätte. Während des Fastens verdichteten sich nur einige Einsichten, die ich im Laufe meines vierjährigen Studiums erlangt hatte.

Die wichtigste Erkenntnis war eine doppelte gewesen. Zum einen erklärte ich mir das Scheitern bzw. die Perversion tendenziell fortschrittlicher Aufstände und Revolutionen - vom deutschen Bauernkrieg über die Französische Revolution bis hin zur Russischen Revolution und dem algerischen Befreiungskrieg – damit, dass die Bewegungen zum Einsatz von Waffengewalt übergegangen waren - bis schließlich die Militärs und die besonders skrupellosen Politiker sich durchgesetzt haben und die Beobachter das fatalistische Sprüchlein klopfen: Die Revolution frisst ihre Kinder. Dieses Muster der Entwicklung von Revolutionen ging mir in dieser Fastenzeit durch den Kopf und verfestigte sich zur sozialwissenschaftlichen Erkenntnis oder zumindest zur heuristischen Annahme.

Zum anderen hatte ich bei Gandhi gelernt, dass man die Waffengewalt aus den Kämpfen um humanitäre Fortschritte ausscheiden kann zugunsten von Methoden des gewaltfreien Widerstands. Gandhi lehrte: Macht kommt nicht nur aus Gewehrläufen,

sondern entsteht auch dadurch, dass eine größere Zahl von Menschen sich auf unbewaffnete Eingriffs- und Verweigerungshandlungen einigt. Auf englisch spricht man von acts of omission, also Verweigerungshandlungen, und acts of commission, also Eingriffshandlungen. Typische Verweigerungshandlungen sind Streik und Boykott, typische Eingriffshandlungen sind Sit-ins und Go-ins.

Solches Wissen um die Macht gewaltfreier Aktionen hatte ich als Historiker in petto, aber erst in der Situation der Herausforderung durch diesen volksverdummenden Zivilen Bevölkerungsschutz wurde mir deutlich, dass ich persönlich jetzt Gandhis Vorstellungen auf die aktuelle deutsche Situation anwenden könnte und müsste - auf die Gefahr hin, dass mich dies in meinem bisherigen Studiengang in Schwierigkeiten bringen würde.

Diese Schwierigkeiten mehrten sich im Laufe eines Jahres und das Ende vom Liede war dann, dass aus meiner eingeleiteten Förderung durch die Studienstiftung des deutschen Volkes nichts wurde, ich die Hoffnung auf eine Dissertation auf dem Gebiet der evangelischen Reformation und der katholischen Reform fahren lassen musste. Nach einem Studium von zwölf Semestern stand ich – burschikos gesprochen - auf dem Schlauch. Ich hatte zwar in letzter Zeit unter den Atomwaffengegnern und Kriegsdienstverweigerern neue Freunde gewonnen, aber als Sozialwissenschaftler, der promovieren wollte, hatte ich keine Perspektive.

Das Experiment „Gewaltfreie Zivilarmee“

Was sich in diesem Krisenjahr in Tübingen und Stuttgart abspielte, habe ich jetzt in der Edition meines Tagebuchs dargestellt. Es ist das Werkstattbuch eines politischen Experiments. Die Grundidee war, dass wir – und das war ein Dutzend Stuttgarter Kriegsdienstverweigerer - den Versuch machen sollten, Gandhis Idee einer Shanti Sena, d.h. wörtlich übersetzt „Friedensarmee“ (aus gewaltfreien Aktionsgruppen) auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Heute würde man nicht mehr von einer Gewaltfreien Zivilarmee, sondern von einem Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen sprechen.

1961 versuchte ich zunächst noch zu trennen zwischen meinem regulären, intensiven Studium in Tübingen und meinem Engagement bei den Kriegsdienstverweigerern und Ostermarschierern in Stuttgart. Doch irgendwie hatte sich mein politisches Engagement auch in Tübingen herumgesprochen und ich hielt es dann für das Beste, mein Glück – nunmehr als Politologe – noch einmal an einer anderen Universität zu versuchen. Und ich hatte tatsächlich großes Glück. Waldemar Besson eröffnete mir die Möglichkeit, an der Universität Erlangen eine Dissertation über das Modell einer Kampagne gewaltfreien Widerstands zu schreiben. Es war – im Rückblick - ein Segen, dass ich kein Stipendium bekommen und Tübingen und die Geschichte der Reformation im Schwarzwald hinter mir lassen und nach Herzenslust über gewaltfreien Widerstand forschen und mit meinen Freunden in Stuttgart so richtig schön gewaltfrei auf den Putz hauen konnte, ohne dass dies meinen neuen Doktorvater in Erlangen geniert hätte. Immerhin haben wir zur Zeit der Spiegel-

Affäre die erste Demonstration in Deutschland zugunsten des verhafteten Rudolf Augstein zustande gebracht und waren damit am 28. Oktober 1962 als erste deutsche Protestgruppe in der Abendschau des Fernsehens. Damit hatten wir gewissermaßen unsere Feuerprobe als demokratische Widerstandsgruppe bestanden. Doch diesen Auftritt auf der Königstraße, bei dem wir mit zugeklebten Mündern demonstrativ Spiegel lasen, hätte mein verfloßener Doktorvater in Tübingen, der auf Strauß große Stücke hielt, sicher nicht gut gefunden.

Unsere Stuttgarter Programmschrift „Die Gewaltfreie Zivilarmee. Stimme der jungen Generation“ hat mit der Idee, dass es eine gewaltfreie, wehrhafte Alternative zur NATO geben müsste, in pazifistischen Kreisen ziemliches Aufsehen erregt. Die DDR-nahen Friedensfreunde in der Untergrund-KPD und bei der Deutschen Friedensunion haben sich darüber geärgert, dass wir mit den Bausoldaten in der DDR sympathisierten und den Aufstand des 17. Juni 1953 darauf hin analysierten, wie man es beim nächsten Mal besser machen könnte.

Unser Bemühen war etwas verfrüht und die Ideen zum Aufbau einer alternativen Verteidigungsorganisation unausgegoren. Doch das Tagebuch dieses Experiments liest sich spannend. Die Gewaltfreie Zivilarmee war ein Vorläufer der studentischen APO von 1967/68. Durch unsere Orientierung an Gandhi, Martin Luther King und den englischen Atomwaffengegnern um Bertrand Russell und das Committee of 100 hatten wir von der Methode der gewaltfreien Aktion weit bessere Kenntnisse als die Studenten des SDS, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre mit Che Guevara und Ho tshi Minh sympathisierten. Wir waren mit unseren gewaltfreien Methoden – wie man heute sagt – besser aufgestellt als die Pseudorevolutionäre vom SDS und es zeigte sich dann auch, dass man praktisch von Gandhi, Martin Luther King und Bertrand Russell mehr lernen konnte als von Che Guevara, Mao und Frantz Fanon. Das zeigte sich aber erst Anfang der 70er Jahre, als es darum ging, mit Bürgerinitiativen nachhaltige Erfolge zu erzielen – vor allem auf dem Gebiet des Widerstands gegen Atomkraftwerke. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz erklärte in seinem Aktionskatalog, dass er sich ausschließlich gewaltfreier Methoden bediene. Und der Verfasser dieses Aktionskatalogs war Dr. Wolfgang Sternstein, ein früheres Mitglied der Stuttgarter Gewaltfreien Zivilarmee.

Anfang der 60er Jahre entwickelten sich unsere friedenspolitischen Vorstellungen noch im Rahmen der einschlägigen Diskurse in der Evangelischen Kirche. Dieser fühlten wir uns zugehörig, auch wenn es in den Gemeinden bisweilen an Rückhalt fehlte. Doch es gab die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden und es gab in Württemberg und Baden als Überbleibsel aus der Zeit des Kirchenkampfes im Dritten Reich die Bruderschaften, die ein evangelisches Netzwerk bildeten und uns jungen Leuten einen gewissen geistlichen Halt gaben. Der Mann, der uns am meisten imponierte, war Martin Niemöller, der auch nach Stuttgart kam und nicht in einer Kirche, sondern in einem weltlichen Saal über Christ und Krieg und die Kriegsdienstverweigerung sprach. Dessen kirchenpolitische Testfrage lautete immer wieder: Was würde der Herr

Jesus dazu sagen?

Doch ich möchte jetzt noch einmal zurück zu den Heidelberger Thesen und zeigen, was das Stuttgarter Experiment Gewaltfreie Zivilarmee mit diesen Thesen zu tun hatte – und welche Verbindung es zwischen dem Stuttgarter Experiment und Bonhoeffers Rede in Fanö gibt.

Die Rechtfertigung der atomaren Abschreckung durch eine Gegenutopie

Die Verfasser der Heidelberger Thesen sahen das Risiko eines einseitigen Atomwaffenverzichts darin, dass infolge einer weiteren Expansion des so genannten totalitären Kommunismus „unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verloren gehen“ könnten, und die Verfasser der Thesen hielten es auch für fraglich, dass in dem dann entstehenden, noch größeren sowjetischen Herrschaftsbereich „christliches Leben noch möglich“ wäre. Dieser Rechtfertigung der vorläufigen Beibehaltung der atomaren Abschreckung lag die Annahme zugrunde, dass es einem totalitären Kommunismus gelingen könnte, im Stil von Orwells „1984“ auch die Sprache effektiv gleichzuschalten und die Worte mit der Methode des „doublethink“ so zu verdrehen, dass selbst die Begriffe von Freiheit und Recht verloren gehen könnten.

Wenn man heute auf das Sowjetsystem zurückblickt, dann kann man sich schon fragen, wie die Heidelberger zu einer solchen Einschätzung der Fähigkeiten eines totalitären Herrschaftssystems kommen konnten. Heute wissen wir, dass man damals ein politologisches Modell, an dem Carl Joachim Friedrich und Hannah Arendt maßgeblich mitgewirkt hatten, für die Wirklichkeit genommen hat. Ein wirklich totalitäres System – wie es George Orwell in seiner Gegenutopie „1984“ gezeichnet hat – , gab es in Wirklichkeit nie und wird es wohl auch nie geben können. Orwell und andere Theoretiker des Totalitarismus haben zwar einige neue Züge diktatorischer Kontrolle richtig erkannt und deutlich gemacht, dass mit einem Hitler und einem Stalin oder gar einem Pol Pot nicht so zu verfahren war wie mit einem Bismarck zur Zeit der Sozialistengesetze, aber es war fragwürdig, diese totalitären Elemente zu einem Modell zu stilisieren, das im Extremfall den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen würde, um die Ausbreitung dieses totalitären Systems zu verhindern.

Die totale Kontrolle hat es nie gegeben und weder Stalin noch Hitler ist es gelungen, das Denken der Menschen so zu manipulieren, dass die Idee von Recht und Freiheit innerhalb ihres Herrschaftsbereichs verloren gegangen wären. Ich habe in den 90er Jahren am OSI ein Seminar zum Thema „Gegenutopien im Rückblick“ gemacht und untersucht, warum „1984“ nicht eingetreten ist. Orwell wollte warnen – und seine Horrorvision wurde dann benutzt, um die atomare Abschreckung zu rechtfertigen.

Mich hat interessiert, ob es in Orwells Modell totalitärer Herrschaft Konstruktionsfehler gibt, die er nicht bedacht hatte. Er ging davon aus, dass ein totalitäres Regime nicht von innen heraus humanisiert und demokratisiert werden könne. Die Rechtfertigung der Abschreckungsstrategie der NATO war entsprechend: Ist die Freiheit einmal verloren, ist sie für immer verloren. Dazu gehörte im

Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg auch die Behauptung, dass Hitler nur militärisch besiegt werden konnte und wir andernfalls heute nicht in Berlin, sondern in Germania leben und uns aus allen TV-Kanälen Wagner-Klänge entgegen schallen würden.

Die Horrorvorstellung von der Ausbreitung totalitärer Systeme suggerierte, dass ihr militärischer Erfolg einem Ende der Geschichte gleich käme. Der Denkfehler bei der politologischen Konstruktion idealtypischer totalitärer Systeme war, dass man nicht berücksichtigte, dass politische Systeme lernen und auf sich ändernde Umweltbedingungen reagieren müssen. Das Problem totalitärer Systeme ist, dass sie lernunfähig sind, weil Informationen im kritischen, ergebnisoffenen Diskurs verarbeitet werden müssten. Das ideale Modell des totalitären Systems kennt den kritischen Diskurs nicht, und in dem Moment, in dem es ihn zulässt, ist es nicht mehr totalitär. Dann besteht die Gefahr bzw. die Chance, dass es auf diesem Wege des diskursiven Lernens kein Halten mehr gibt, und diese Systeme sich dann entweder lernend verändern oder zusammenbrechen.

Die Stasi hat weit mehr über die Bürger der DDR gewusst als die Gestapo über die Menschen im Dritten Reich, aber die alten Herren im Politbüro konnten aus den Datenmengen der Stasi nichts lernen, weil man eben nur lernen kann, wenn man den kritischen Diskurs zulässt, statt sich etwas in die Tasche zu lügen. Karl Deutsch, einer der ersten Kritiker des Totalitarismus-Modells, hat auf das Phänomen des pathologischen Lernens der Mächtigen hingewiesen, die sich gegen die Verarbeitung (nicht das Sammeln) neuer Informationen abschirmen und deswegen immer dümmer werden.

Doch es wäre falsch, Diktaturen und ihre modernen Instrumentarien des Überwachens und Terrorisieren zu verharmlosen. Es ist das Verdienst derjenigen, welche das Modell des Totalitarismus entwarfen, auf die erschreckenden Parallelen zwischen den totalitären Diktaturen - vor allem zwischen dem Hitlerismus und dem Stalinismus - hinzuweisen. Diese Diktaturen sind in ihrer Dummheit zu Exzessen fähig, um ihre „beschränkten“ Visionen zu realisieren und um ihre Macht zu behaupten. Dies kann zu hohen Verlusten an Menschenleben führen, auch wenn man eigentlich nicht zu befürchten braucht, dass einer totalitären Diktatur ein endgültiger Sieg gelingen könnte. Früher oder später gehen sie unter. Das Schlimme ist, dass viele wertvolle Menschen dies nicht mehr erleben, und dass man Gefahr läuft, unter diejenigen zu geraten, die umgebracht werden oder deren Leben durch Zwangsmaßnahmen so eingeengt wird, dass von pursuit of happiness nicht mehr gesprochen werden kann.

Darum ist es immer sinnvoll, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die Machtergreifung von Diktatoren verhindern und wie man etablierte Diktaturen überwinden kann.

Doch das ist etwas anderes, als die Androhung des Einsatzes einer doomsday machine damit zu rechtfertigen, dass die Gegenseite in der Lage wäre, die Begriffe von Recht und Freiheit ein für alle mal aus den Köpfen und Herzen der Menschen zu entfernen und christliches Leben – also eine Orientierung an den Lehren Jesu -

unmöglich zu machen. Meines Erachtens ist hier die 8. Heidelberger These von einer falschen Annahme ausgegangen. Die Heidelberger sind hier einer Ideologie – dem Modell des Totalitarismus – aufgesessen. Und sie waren damit nicht allein. In der 8. These wurde die NATO-Doktrin formuliert – mit dem einen Unterschied: Die Heidelberger meinten, die mutual assured destruction kann und darf kein Dauerzustand sein.

Erste Forschungen zum Widerstand gegen sogenannte totalitäre Regime

Über eine Alternative zur atomaren Abschreckung kann man erst nachdenken, wenn man den Begriff des Totalitarismus in Frage stellt und überlegt, ob es Erfahrungen gibt, welche darauf hindeuten, dass er auch anders als militärisch bekämpft und überwunden werden kann.

Als Alternative kam dafür nur die Vorbereitung gewaltlosen Widerstands in Frage. Doch die Kenntnisse auf diesem Gebiete waren unter denjenigen, die sich mit Sicherheitspolitik befassten minimal oder gar nicht vorhanden. Und es gab auch kaum Anstrengungen, diese Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstands zu erforschen. Doch die Forschungen wurden auch nicht direkt unterdrückt.

Und es zeigte sich so allmählich, dass es im Zweiten Weltkrieg in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten nicht nur eine bewaffnete Résistance, sondern auch gewaltlosen Widerstand gab und dass dieser nicht einfach unterdrückt werden konnte, sondern in der Lage war, den Herrschenden Grenzen zu setzen. Heute wissen wir über diesen Widerstand sehr viel mehr als zu Beginn der 60er Jahre.

Auch im Blick auf den Aufstand in Ungarn 1956 und im Blick auf den Verlauf des Volksaufstands am 27. Juni 1953 in der DDR konnte man im Westen zur Zeit der Heidelberger Thesen noch sagen: Mit sowjetischen Panzern lässt sich jeder Widerstand unterdrücken. Doch man musste diese Schlussfolgerung nicht mitvollziehen, sondern man konnte weiter fragen: Lassen sich diese Methoden des gewaltfreien Widerstand nicht so weiterentwickeln, dass sie in Zukunft nicht mehr unterdrückt werden können? Dass der Schneider von Ulm in die Donau gefallen ist, hat ja nicht ein für alle mal bewiesen, dass Fliegen für den Menschen unmöglich ist, sondern nur, dass es so nicht geht.

Zu meinem Leben als Friedens- und Konfliktforscher gehörte dann in den nächsten Jahrzehnten, dass ich herauszufinden suchte, wie gewaltfreier Widerstand in unterschiedlichen Situationen funktioniert und speziell, wie Widerstand gegen Diktaturen sich vorbereiten und durchhalten lässt.

Das lässt sich erforschen. Doch Voraussetzung für den Erfolg dieser Aktionsform ist immer, dass es Menschen gibt, die sich – trotz aller persönlichen Gefahren für die Vorkämpfer dieser Aktionsform – darauf einlassen und nicht nur forschen, sondern das Erforschte auch einüben. Der springende Punkt ist, dass es Gruppen von Menschen gibt, die sagen: Wir wollen ohne Rüstung leben und im Bedarfsfall gewaltfreien Widerstand leisten.

Dieses Forschen und Einüben hat mich mein Leben lang begleitet. Ich hatte

ursprünglich vor, diese Stationen Schritt für Schritt zu verfolgen. Ich habe jedoch bei der Auflistung der relevanten Daten erkennen müssen, dass dies zu lange dauern würde.

Ich muss mich darauf beschränken, die Strukturen dieses Arbeitsprozesses aufzuzeigen. Charakteristisch für diesen Prozess war nun, dass ich auf Interesse für diese Suche nach einer Alternative von Anfang an in der Evangelischen Kirche gestoßen bin – und zwar deutlich mehr als in anderen Organisationen.

Die Civilian Defence Study Conference in Oxford 1984

Nachdem ich meine Dissertation zum Thema „Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg“ 1965 an der Universität Erlangen abgeschlossen hatte, wurde ich von den Wissenschaftlern, die hinter den Heidelberger Thesen standen, eingeladen, 1966 einen Bericht über den Stand der Forschung auf dem Felde des gewaltfreien Widerstand vorzutragen. Das stieß auf starkes Interesse, zumal es 1964 in der Universität Oxford zur Civilian Defence Study Conference gekommen war. Der Hauptbetreiber dieses Unternehmens war Gene Sharp, der jetzt 86jährig den Alternativen Nobelpreis für seine Forschungen und Aktionsvorschläge erhalten hat. Er war mein Mentor auf diesem Gebiet der Forschung.

Das Hauptergebnis dieser CDSC in Oxford war gewesen: Gewaltfreier Widerstand als Mittel der Sicherheitspolitik ist eine ernst zu nehmende Methode und es gibt keine prinzipiellen Bedenken, die ihren schließlichen Erfolg auszuschließen vermöchten.

Über diese Konferenz, die von jungen, meist noch nicht promovierten jungen Wissenschaftlern organisiert worden war, wurde in den britischen Medien – auch der Times – berichtet und der renommierte Verlag Faber & Faber publizierte die Konferenzpapiere.¹

Das motivierte Carl Friedrich von Weizsäcker der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler zu empfehlen, zum Thema Civilian Defence für den Herbst 1966 eine Fachkonferenz nach München einzuberufen. Ich wurde gebeten, über die Strategie dieses zivilen, gewaltfreien Widerstands gegen auswärtige Aggressoren zu sprechen. Ich formulierte die Grundregeln.

Und dieser Vortrag wurde dann ein Jahr später, als es im August 1968 in der CSSR überraschend zu gewaltlosen Protesten gegen den russischen Einmarsch gekommen war, im „Spiegel“ veröffentlicht. Damit begann auf etwas breiterer Front als bisher die Erforschung des gewaltfreien Widerstands als Mittel der Verteidigungspolitik. Walter Ulbricht regte sich über diese Forschungen und Aktivitäten auf und sprach von Fachleuten für Konterrevolution, die sich den Widerstand in der CSSR ausgedacht hätten.

Dieser Respekt von Diktatoren für die Methode des gewaltfreien Widerstands änderte aber nichts daran, dass die deutsche Regierung im Rahmen der NATO an der Strategie der atomaren Abschreckung festhielt.

Im Unterschied zu mir haben die meisten Wissenschaftler, die an der CDSC in

¹ Adam Roberts (Hg.): Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien, Mit einem Nachwort zur deutschen Ausgabe von Th. Ebert, Göttingen: Vandhoeck & Ruprecht, 1973

Oxford teilgenommen haben, sich gesagt: Mehr als forschen können wir nicht; die praktische Umsetzung unserer Forschungsergebnisse müssen wir den politischen Institutionen überlassen.

Ich meinte, dass ich auch bei der Umsetzung mitmischen sollte, auch wenn ich nicht mehr die Möglichkeit sah, eine Kaderorganisation in der Art der „Gewaltfreien Zivilarmee“ freihändig von unten aufzubauen.

Ich hätte versuchen können, über die Mitarbeit in einer Partei, das alternative Verteidigungskonzept durchzusetzen. Das versprach Anfang der 70er Jahre zumindest keinen schnellen Erfolg.

Rezeption der gewaltfreien Aktion in kirchlichen Kreisen

Ich hatte aber in Berlin, wohin ich 1966 als Assistent von Ossip Flechtheim gekommen war, die Erfahrung gemacht, dass meine Vorstellungen zur gewaltfreien Aktion in der Innen- und Außenpolitik vor allem in kirchlichen Kreisen günstig aufgenommen wurden.

Ursprünglich hatte ich darum vor, hier im Schleiermacherhaus auch über meine Erfahrungen in der Zeit der APO – also zwischen 1967 und 1970 sprechen. Mit dem Asta der Kirchlichen Hochschule installierte ich 1967 einen Arbeitskreis für gewaltfreie Konfliktaustragung an der Kritischen Universität. Unser Ziel war es, gewaltfreie Protestformen durchzusetzen. Das war nur partiell erfolgreich. Nach englischem Beispiel bildeten wir ein „Komitee der 100 für die Freiheit Griechenlands“ und protestierten gegen die Junta mit einem Sit-down vor der griechischen Militärmission in der Umlandstraße.

Wichtig wurde, dass wir in diesem Bemühen von einzelnen Kirchengemeinden, so vor allem von der Gemeinde Alt-Tempelhof-Ost unterstützt wurden. In dieser Gemeinde waren zwei Pfarrer tätig, die sich von Aktion Sühnezeichen kannten, Richard Nevermann und Gerhard Dümchen. Die gewannen mich für die Mitarbeit im Gemeindekirchenrat und das führte schon in kurzer Zeit zu meiner Mitgliedschaft in Kreis-, Regional- und EKD-Synode und schließlich zur 12jährigen Mitarbeit in der Kirchenleitung der EkiBB. Insgesamt war ich 24 Jahre lang Mitglied von Synoden und leitenden Gremien der Ev. Kirche.

Ich habe in diesen Gremien immer wieder für die Konzepte der gewaltfreien Konfliktaustragung geworben und ich habe dafür mehr Unterstützung gefunden als in parteipolitischen Organisationen. Ich erkläre mir dies damit, dass es in der Kirche – trotz aller Irrwege – eben doch die jesuanische Tradition der Bergpredigt und auch die Erinnerung an Bonhoeffer gibt – insbesondere auch an die Friedenspredigt von Fanö am 28. August 1934.

Ich will sie in diesem Kreise als bekannt voraussetzen und nur einen Satz zitieren:

"Wer von uns darf denn sagen, dass er wüsste, was es für die Welt bedeuten könnte, wenn ein Volk - statt mit der Waffe in der Hand - betend und wehrlos und darum gerade bewaffnet mit der allein guten Wehr und Waffe den Angreifer empfinde?"

Bonhoeffer konnte auf diese Frage in Fanö keine Antwort geben. Er wollte sie aber suchen. Er plante eine Reise zu Gandhi nach Indien, um vor Ort die Wirksamkeit

gewaltfreier Kampftechniken zu studieren.²

Bonhoeffer kam nicht mehr dazu, diese Frage zu beantworten, weil er die Indienreise aufgegeben hat zugunsten der Ausbildung von Vikaren der Bekennenden Kirche im Predigerseminar in Finkenwalde. Es ist sehr bedauerlich, dass er sich so entscheiden musste. Meines Erachtens hätte er aber die gewaltlosen Widerstandsmethoden auch in Deutschland studieren können. Es gab einige einschlägige Schriften. Die Handlungsanweisungen Gandhis in der Zeitschrift „Jung Indien“ und eine aufschlussreiche Biographie Gandhis aus der Feder Romain Rollands waren im Rotapfel Verlag in der Schweiz veröffentlicht worden.

Es ist nicht so gekommen. Es gab meines Wissens in Bonhoeffers Umgebung in Finkenwalde niemand, mit dem er solche Fragen hätte erörtern können. Seine pazifistischen Bekannten waren Engländer, Amerikaner und Franzosen. In Deutschland fehlte die friedenskirchliche Tradition weitgehend. Das ist auch ein Erbe Martin Luthers, der im Bauernkrieg und in Münster die bewaffnete Seite des so genannten Schwärmertums kennen gelernt und abgelehnt hatte. Von den Erfahrungen der Quäker und der anderen Friedenskirchen war in Deutschland wenig bekannt.

Doch für die kirchlichen Kreise in der deutschen Friedensbewegung war es nach dem Zweiten Weltkrieg wichtig, dass Bonhoeffer in Fanö immerhin mal gefragt hatte, welche Wirkung es haben könnte, wenn ein Land oder mehrere Länder einseitig abrüsten und sich darauf vorbereiten würden, potentiellen Aggressoren wohlwollend und nicht hasserfüllt zu begegnen.

Man hat über die Predigt Bonhoeffers in Fanö neu nachgedacht, als Anfang der 80er Jahr die Friedensbewegung sich gegen die so genannte Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen wandte. Auch in der Gemeinde Alt-Tempel-Ost hat sich eine etwa 12köpfige Gruppe mit einem Fasten auf die Teilnahme an der Promi-Blockade in Mutlangen vom 1.-3. September 1983 vorbereitet. Und das war nicht die einzige Gruppe, die sich zum Zivilen Ungehorsam gegen die Nachrüstung entschloss. In beiden Teilen Deutschlands gab es die Friedenswochen bzw. Friedensdekaden und in diesen Wochen wurde intensiv nachgedacht über Alternativen zur militärischen Abschreckung.

Es waren immer wieder kirchliche Gruppen, die mich zu Vorträgen über gewaltfreien Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik einluden. Wir hatten mittlerweile Civilian Defence mit Soziale Verteidigung ins Deutsche übertragen. „Sozial“, weil es nicht in erster Linie um die Verteidigung von Territorien, sondern von sozialen Errungenschaften gehen sollte.

Als dann – trotz aller Proteste und lila Tücher auf dem Hamburger Kirchentag – dennoch Raketen in Mutlangen und anderen Orten stationiert wurden, fragten selbstkritische Gruppen in der Friedensbewegung, warum wir uns politisch nicht hatten durchsetzen konnten. Das Ergebnis dieser selbstkritischen Diskussion war, dass die pazifistischen Gruppen sich sagten: Wir dürfen nicht nur vor den Folgen eines Atomkriegs warnen; wir müssen auch ein konstruktives sicherheitspolitisches

2 Karl Martin (Hg.): Bonhoeffer in Finkenwalde, Wiesbaden-Berlin Fenestra Verlag, 2012, S. 742-747

Angebot machen

Ein Dutzend pazifistischer Organisationen – der Versöhnungsbund, Pax Christi, die Quäker – einigten sich, einen Bund für Soziale Verteidigung gründen. Der BSV sollte in der Gesellschaft und bei den Parteien auf das Etablieren von Strukturen der gewaltfreien Verteidigung dringen. Der BSV wollte einerseits Lobby-Organisation für eine Alternative zur NATO und wollte andererseits auch aktionsfähige Pioniergruppe der gewaltfreien Aktion sein. Petra Kelly und ich waren die ersten Vorsitzenden des Bundes für Soziale Verteidigung.

Der BSV wurde im März 1989 in Minden gegründet. Die Frage, die uns bewegte, war: Wie schaffen wir es, dass im Falle eines Regierungswechsels und einer rot-grünen Koalition, erste Schritte der Umrüstung auf gewaltfreien Widerstand unternommen werden.

Das Konzept des Zivilen Friedensdienstes als Alternative

Trotz unserer Sympathie für die Bürgerrechtsbewegung in der DDR und trotz einiger persönlicher Kontakte zu ihr überraschte der Fall der Mauer auch uns. Einerseits war dieser gewaltfreie Aufstand ein Riesenerfolg für die gewaltfreie Strategie, aber andererseits war - noch bevor wir die Alternative zur militärischen Verteidigung aufgebaut hatten - über Nacht die totalitäre Bedrohung verschwunden.

In der Friedensbewegung hörte man die Parole „BoA! BoA!“ Bundesrepublik ohne Armee. Doch da hatten sich einige zu früh gefreut. Die NVA wurde zwar liquidiert, aber die NATO bestand fort und dehnte sich aus – sogar in Länder, in denen die Demokratien mittels zivilem Widerstand gegen Staatsstriche verteidigt worden waren. In Litauen, Lettland und Estland hatten unbewaffnete Bürger die Parlamente geschützt. In Moskau scheiterte ein Staatsstreich am unbewaffneten Widerstand gegen Panzer. Traumhaft. Doch es änderte nichts an dem Festhalten der Regierungen an der Armee. Und es kam ja noch schlimmer. Nachdem die Atomkriegsgefahr entfallen war, kam es erneut zu Interventionskriegen mit sehr fragwürdigen Rechtfertigungen.

Auch in kirchlichen Gremien wurde früh darüber nachgedacht, was zu geschehen hätte, nachdem es für die Armee eigentlich keinen Verteidigungsauftrag mehr gab.

Ich war Mitglied der wiedervereinigten Kirchenleitung der EKdBB. An uns wurde von der Synode die Frage gerichtet, was wir von out of area-Einsätzen der Bundeswehr hielten. Bischof Forck reagierte schroff: „Wir sind dagegen.“ Mir ging es ähnlich, aber mir war klar: Wenn wir nur Nein sagen, ändert dies wenig. Wir brauchen eine konstruktive Antwort auf die neuen Herausforderungen.

Das führte binnen Jahresfrist zu dem Konzept des Zivilen Friedensdienstes. Die Grundidee war, dass den Wehrpflichtigen eine dritte Option eröffnet werden sollte. Bisher konnten sie entweder den Militärdienst leisten oder aber den Kriegsdienst verweigern und dann einen Zivilen Ersatzdienst leisten; nunmehr sollten sie sich auch für eine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung entscheiden können. Dieser Zivile Friedensdienst sollte sich um die gewaltfreie Verteidigung, um den inneren Frieden in der Auseinandersetzung mit gewalttätigen Extremisten rechter und

linker Coleur und auch um Auslandseinsätze kümmern.

So hat es die EkiBB in einer Erklärung „Ziviler Friedensdienst. Einsatzgruppen für eine Politik mit gewaltfreien Mitteln“ am 8. Juli 1994 vorgeschlagen.³ Es gab dazu mehrere Anhörungen. Dieses Programm ist dann in der politischen Diskussion auf einen Friedensfachdienst einiger weniger Personen im Ausland verkürzt worden. Damit war es aus konservativer Sicht politisch entschärft. Es stellte das Militär nicht mehr grundsätzlich in Frage; es deutete nur noch auf lange Sicht eine Möglichkeit an. Ich habe 2007 eine Studienreise ins ehemalige Jugoslawien unternommen und konnte feststellen, dass diese Friedensfachleute gute Arbeit machen, aber aufgrund ihrer geringen Zahl nicht viel bewirken können und praktisch kein Instrument deutscher Politik darstellen.

Wir hatten ursprünglich die Hoffnung, dass mit dem Zivilen Friedensdienst Erwachsene jeden Alters und Geschlechts eine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung erhalten und dann je nach ihren speziellen Begabungen sich auch in verschiedenen Konfliktsituationen einsetzen könnten. Ähnlich wie bei den Soldaten sollten innerhalb weniger Jahre zehntausende von einsatzfähigen Mitgliedern des Zivilen Friedensdienstes vorhanden sein. Das hätte auch auf dem Gebiete der Ausbildung und des Einübens im In- und Ausland erheblicher personeller und finanzieller Anstrengungen bedurft – ähnlich denen für Militär und Rüstung.

Ich fand es fatal, dass die Kirche klein bei gegeben hat und das kirchliche Establishment – zum Beispiel auch in der Person Wolfgang Hubers, der in Heidelberg als Friedensforscher gewirkt hatte – im Blick auf den Zivilen Friedensdienst nicht mehr von einer Alternative zum Militär, sondern von einer Ergänzung sprach. Vielleicht dachte Huber: Besser als nichts, und damit haben wir wenigstens den Fuß in der Tür. Es gibt heute die schöne Rede vom „Vorrang für zivil“ und im Deutschen Bundestag sogar den neuen Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“.⁴ Doch wenn es hart auf hart kommt, wird zurzeit mehr und mehr Militär und Polizei abkommandiert - ob nun bei innenpolitischen Auseinandersetzungen mit Rechts- und Linksextremisten oder bei Auslandseinsätzen im Kosovo, in Afghanistan oder in Mali.

Ich will nicht sagen, dass die Suche nach einer Alternative zum Militär tot ist, aber gegenwärtig fehlt der Suche jeglicher Nachdruck. Darum habe ich eingangs auf die Lücke im Wahlkampfprogramm der SPD hingewiesen. Die Lage ist nicht hoffnungslos. Es gibt wahrscheinlich in allen Parteien Menschen, die sich einen effektiven Zivilen Friedensdienst wünschen – auch bei der CDU/CSU und der FDP. Ute Finckh, die Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung, ist Direktkandidatin der SPD in Berlin und es gibt auch bei der Linken und bei den Grünen ganz dezidierte Befürworter eines umfassenden Zivilen Friedensdienstes. Vielleicht verbinden sie sich auch noch fraktionsübergreifend, wie es die Frauen jetzt

3 Dokumentiert in: Th. Ebert: Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln, Münster: Agenda-Verlag, 1997, S. 270-286

4 Ute Fickh-Krämer und Jan-Thilo Klimisch: 'Vorrang für zivil' im Parlament. Zur Arbeit des neuen Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit im Deutschen Bundestag, Berlin: Aphorisma-Verlag 2012, 47 S.

getan haben, um ihre Zahl in der Aufsichtsräten der großen Unternehmen zu steigern. Ich erinnere mich noch gut daran, dass Heiner Geißler einer der ersten war, der sich in der CDU für den Zivilen Friedensdienst einsetzte und ich habe bei der Friedrich-Neumann-Stiftung früher des Öfteren über Soziale Verteidigung gesprochen. Man weiß nie so genau, wann die Samen, die man ausstreute, aufgehen.

Wir sollten in der Diskussion über Widerstände und Chancen reden, den Zivilen Friedensdienst auszubauen und ihn an die neue Situation nach der Abschaffung bzw. Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht anzupassen. Wir müssen darüber reden, woran es liegt, dass im Moment der Nachdruck fehlt. Ich will mit dieser Frage aufhören. Ich sage nicht mit Brecht: Der Vorhang zu und alle Fragen offen. Es ist ganz anders: Wir haben jetzt den freien Blick auf die neuen Möglichkeiten gewaltfreier Politik, und doch haben wir Angst, dieses vor uns liegende, weite Land zu betreten. Wir wollen nicht weg von den Fleischöpfen Ägyptens. Das ist furchtbar traurig – und ich wünsche, das ließe sich noch ändern, bevor wir feststellen müssen, dass wir das Heidelberger Noch unzulässig verlängert und versäumt haben, das Rettende zu tun.

Stichworte zum Vortrag, die teils teils aufgegriffen wurden:

Theodor Ebert

Erinnerungen eines Friedensforschers an fünfzig Jahre kirchlicher Friedensarbeit

Stichworte zum Vortrag am 18.4.2013 beim Dietrich Bonhoeffer Verein, nur teilweise ausgeführt

Vorbemerkungen zum Titel des Vortrags „Erinnerungen ...“ . Ich wähle die autobiographische Form. Wie wird man als Christ Friedensforscher? Ich schreibe keine systematische -Abhandlung über die friedenspolitische Diskussion in der Ev. Kirche. Dann könnte ich 1959 einsetzen mit der Formulierung der Heidelberger Thesen.

Normaler Lebenslauf als Mitglied der Ev.. Kirche: Getauft noch in der Geburtsklinik in Stuttgart, Kindergottesdienst in Münsingen, konfirmiert in Stuttgart in der Waldkirche, ev. Religionsunterricht bei P. Schempp am Ebelu.

Wiederbewaffnung. Sympathie für die GVP Gustav Heinemanns.

Ab 1956 Studium der Geschichte mit Schwerpunkt Gesch. der Reformation und katholischen Reform.

1959 Entdeckung von Gandhi. Die Mittel bestimmten die Ziele. Kampfkraft der gewaltlosen Aktion.

Der friedenspolitische Diskurs in der Ev. Kirche. 1959 Heidelberger Thesen.
Bonhoeffers Rede in Fanö. Doch wie lässt sich dieses „Beten“ organisieren?

Was folgt daraus für die Pazifisten in der ev. Kirche?

1961 Kriegsdienstverweigerung meines Bruders Manfred. Beratung durch Quäker. Unser beider Selbstverpflichtung in der Prüfungsverhandlung.

Unser Vorhaben: Aufbau einer deutschen Version von Gandhis Shanti Sena. Programmschrift „Die Gewaltfreie Zivilarmee“. Kontakt zu den Quäkern und zur kirchl. Bruderschaft. Mein exemplarisches Mitwirken am Religionsunterricht in zwei Berufsschulen in Zuffenhausen und Bad Cannstatt.

Meine Vorbilder: Peace Agitator A. J. Muste und M. L. King. - Daneben im VK die sozialistische Tradition. Einflussnahme der Untergrund-KPD. Ablehnung der DFU.

Zunächst nicht Forschung, sondern Gruppenbildung. Offener Brief an A. Schweitzer. Programmschrift „Die Gewaltfreie Zivilarmee“.

Direct Action nach engl. Vorbild.

Committee of 100.

Wie funktioniert gewaltfreier Widerstand gegen Diktaturen – dazu gehört auch Kritik des Begriffs der totalitären Diktatur.

Wie wird man Friedensforscher? Neugier. Mehr wissen über gewaltfreie Aktion. Wie verträgt sich dies mit dem bisherigen Studium. Ablehnung des Promotionsvorhabens. Die große Chance, in Erlangen dazu eine Dissertation über den gewaltfreien Widerstand schreiben zu können. Nach dem 12. Semester neues Hauptfach: Politische Wissenschaft.

Kontakt zu Gene Sharp und anderen englischen Friedensjournalisten mit akademischer Ausbildung. April Carter, Adam Roberts. Daraus werden in den 70er Jahren Professoren, aber zunächst eigenständige Forschung – auch etwas Förderung.

GZA – war ein Pionierunternehmen. Doch keine Jugendmassenbewegung – wie wir gehofft hatten.

Wir hofften den Ostermarsch zu einer Bewegung für gewaltfreie Verteidigung zu machen. Konflikt mit den Organisationen, die unter dem Einfluss der DDR agierten.

Unsere Sympathie für die Bausoldaten in der DDR. Es gab auch Kontakte. Gemeinsame Orientierung an King und Gandhi und auch an Bonhoeffer.

Veranstaltungen zum 17. Juni. Was ist an mauerübergreifenden Aktionen möglich? Pfingsten 1961 wird beschlossen: Aktion Sa 24. Mit den Quäkern. Blieb im Ansatz stecken. Kontakt nach Kannavaipatty.

Das Netzwerk der gewaltfreien Aktionsgruppen blieb zu dünn. Eigene Zeitschrift „konsequent. Mitteilungen der Aktionsgruppen für gewaltfreien Widerstand“.

Bedürfnis nach mehr Wissen über ga. WRI-Konferenz in Charbonnières. Planung der CDSC im Sept. 1964-

1965 Abschluss von „Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg“.

Die Ausarbeitung der zugehörigen Verteidigungsstrategie auf später verschoben. Doch wir blieben dran.

Einladung durch die VDW. Hintergrund ist die Diskussion in der Ev. Kirche, die zu den Heidelberger Thesen von 1959 geführt hatte. Man darf das „Noch“ nicht zu sehr dehnen.

Was passiert in der Zeit des „Noch“?

Weizsäcker „Damage Assessment“. Wissenschaftlicher Nachweis des Ergebnisses von Fallex 62.

Was tun?

Afhelldt: Rein defensive Verteidigung.

Die andere Möglichkeit war die Umrüstung auf Soziale Verteidigung. C. F. v. Weizsäcker unterstützte die Untersuchung. Zwei Tagungen. Auf der ersten Tagung [These 8](#)

Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen

Verzichtet die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegelt. Wir können nur glauben, dass derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klarmacht. Voraus wissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden Fall, dass es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, dass unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verloren gingen. Wie weit oder unter welchen Voraussetzungen in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht.

Die Beibehaltung der westlichen Atomrüstung strebt an, dieses Risiko zu vermeiden. Sie läuft dafür das Risiko des Atomkrieges. Dies ist die Haltung, die die westliche Welt tatsächlich einnimmt. Wir müssen uns darüber klar sein, dass jeder politische Vorschlag, der in der absehbaren Zukunft Aussicht auf Verwirklichung haben soll, die Beibehaltung dieser Rüstung zum mindesten seitens Amerika voraussetzen muss.

Dies allein braucht die Kirche nicht zu bewegen, diese Haltung anzuerkennen. Die Kirche kommt in der Geschichte immer wieder in Lagen, in denen sie zu der einzigen Politik, die zur Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat, nein sagen muss. Uns scheint jedoch, dass, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muss nur unbedingt feststehen, dass sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und dass nie über

seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

Forschungsbericht 1966.. Dann Fachtagung: Civilian Defence in München 1967. Ich bin damals 30 Jahre alt. Hauptreferat. Regeln des Widerstands gegen eine Besatzungsmacht.

Überraschung. Gewaltlose Widerstand gegen die Okkupation der CSSR im Aug. 1968. Der Spiegel veröffentlicht meinen Vortrag von München 1967.

Reaktion von Ulbricht. Das Fernsehen griff das Thema auf.

TV Film „Wenn die Panzer kommen“. Die Habilitation war ein Spaziergang. VDW-Studiengruppe Soziale Verteidigung.

A. Roberts The Strategy of Civilian Defence. Konzept ist vorhanden, doch wer soll das politisch durchsetzen? Die Publikationen blieben ohne Resonanz. Auch die deutsche Übersetzung.

Rückschlag in Chile. Restauration in der CSSR.

Die passende Partei gab es in den 70er Jahren nicht. Und es geht auch nicht von oben nach unten.

Konzept der Graswurzelrevolution.

Mein Verhältnis zur APO.

Im Herbst 1966 nach Berlin an das OSI.

Der Tod von Benno Ohnesorg als Erschütterung. Einladung an die KiHo.

Arbeitskreis an der KU.

Unterstützung durch ATO.

Stalinisten im SDS. Törichte Demonstrationen mit Steinwürfen. Inhaltsleer. Presse berichtet nur noch über Glasschäden.

Kritischer Konsum. Basisarbeit statt kommunistische Kaderparteien. „Wir waren die stärkste der Parteien“. Bürgerinitiativenforschung.

Mitarbeit im Versöhnungsbund. Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ seit 1969 - Zusammenarbeit mit Beratungsstellen der KDV. Hier gab es ein Netzwerk.

Die Kriegsdienstverweigerer lasen „Gewaltfreie Aufstand“ und meine Aufsätze über Soziale Verteidigung. Als Vortragsreisender viel unterwegs.

Am Mitte der 70er Jahre Forschungen zu Bürgerinitiativen. Von der APO blieb die Erkenntnis der nichtautoritären Erziehung. Erich Fromm über Rebellion und Revolution im psychischen Sinne. Siehe Aufsatz „Autorität und Familie“.

Mein Aufsatz „Basisgruppen im revolutionären Prozess“. Seit 1969 neue Zeitschrift des VB „Gewaltfreie Aktion“ Ziel ist die „Graswurzelrevolution“.

Häufig haben sie ihre Basis in Kirchengemeinden. Nutzung der Infrastruktur. BI Oberhavel-Oberjägerweg. - Dieselbe Erfahrung später beim Widerstand gegen das Bombodrom.

Anti-AKW-Bewegung. Wyhl. Auch hier waren Kirchengemeinden Träger des Widerstands.

Gorleben. Kontakt zum Pfarrerehepaar Mahlke.

Bei der Nachrüstungsdebatte gab es bereits die Erfahrung der Ökologiebewegung. Die Friedensbewegung war selbständig. Sie war nicht zu lenken von Vorfeldorganisation der KPD. KOFAZ hatte nicht das Sagen. Volkmar Deile von Aktion Sühnezeichen als souveräner Koordinator.

Friedenskräfte waren in der Ev. Kirche ziemlich stark. Ich wurde als Friedensforscher in die Gremien gewählt. In der SPD hätte ich in den 70er Jahren wenig erreichen können.

Die ev. Kirche und die Friedensbewegung. Die Entwicklung bis zur Stationierung. Stetige Zunahme der Zahl der Kriegsdienstverweigerer. EAK.

Wichtig waren die Friedenswochen und die entsprechende Friedensdekade in der DDR.

Beteiligung am Widerstand an den Stationierungsorten. ATO fährt nach Mutlangen.

Nach der Stationierung hält der Zivile Ungehorsam an. Zahlreiche Prozesse in Schwäb. Gmünd. BVG befasst sich mit der Frage, ob es sich bei Sitzprotesten um gewaltsame Nötigung handelt. Helmut Simon, Mitsynodaler in der EKD, bestellt Friedensforscher als Gutachter. Schließliches Ergebnis: Sitzprotest ist keine Nötigung, sondern eine Ordnungswidrigkeit

Bittere Erfahrung. Die Friedensbewegung konnte Stationierung nicht verhindern. Kritische Reflexion führt zum BSV. Einfluss auf SPD und Grüne. Lobbyarbeit.

Die Grünen haben das Konzept der Soz. Verteidigung offiziell zu ihrem sicherheitspolitischen Konzept gemacht. Teilnahme an Hearing im Verteidigungsausschuss des Bundestags. SV war Verteidigungskonzept der Grünen eigentlich bis zum Kosovo-Krieg. Doch schon 1989 war SV bei den Grünen nicht ernst genug genommen. Wackelig, wenn es zu einer rot-grünen Koalition kommen sollte.

Kontakt zum gewaltlosen Widerstand in der DDR. Kontakte zu Bausoldaten. Christfried Berger.– Sympathie für Solidarnosc.

Nach dem Fall der Mauer gab es keinen Bedarf für ein alternatives Verteidigungskonzept. In pazifistischen Zirkeln ein Euphorie: „Bundesrepublik ohne Armee“ (BOA).

Eigentlich waren die gewaltfreien Konzept hatten historische Siege errungen. In Polen, in der CSSR, in der DDR. In der UdSSR scheitert ein Staatsstreich am gewaltlosen Widerstand. Die neuen Demokratien in Litauen, Lettland und Estland lassen sich ohne Waffen verteidigen.

Doch dies verschaffte den Friedensforschern keine politische Anerkennung. Große

interne Probleme an der FU mit Besetzung von Instituten.

Die Katakombis und die Bergpredigt

Biblische Besinnung zu Mat. 5,3 und Luk. 6,20 zu Beginn der Sitzung der Kirchenleitung am 14.2.1989

Außer der Reihe hatte ich darum gebeten, die Kirchenleitungssitzung mit einer biblischen Besinnung eröffnen zu dürfen, weil ich in den vergangenen zwei Monaten immer wieder ratlos vor der Frage gestanden habe und auch immer noch stehe: Wie soll es denn an den Berliner Universitäten und speziell an meinem Arbeitsplatz, dem Otto-Suhr-Institut, weitergehen? Hat der nun schon zwei Monate währende Streik uns der Lösung der Probleme näher gebracht? Taugen unsere Vorschläge etwas, die wir als Professoren zur partizipativen Gestaltung der Kurse und zur Drittelparität bei der Lehrplangestaltung gemacht haben?

Zweifel und Ratlosigkeit sind weit verbreitet. Wir wissen auch nicht, was die Studenten denken, weil am Otto-Suhr-Institut 90 bis 95 % der Studenten nach dem Streikbeginn einfach weggeblieben sind. Wir verhandeln in der Viertelparitätischen Kommission, die jetzt ähnlich wie ein Ausschuss der Kirchenleitung Vorlagen für den Fachbereichsrat erarbeitet, mit „aktivstreikenden“ Studenten, deren Legitimation durch die studentische Basis wir nur vermuten dürfen. Und neben dieser verhandlungsbereiten Gruppe von Aktivstreikenden haben wir es noch mit einer extremen Gruppe von 20 - 30 Personen zu tun, die sich im Untergeschoss des zweiten Hauptgebäudes des Otto-Suhr-Instituts eingebunkert hat. Diese Gruppe nennt sich selbst die ISIs, nach der von ihnen vorgeschlagenen Umbenennung des Otto-Suhr-Instituts in Ingrid-Strobel-Institut. Andere bezeichnen sie auch spöttisch-hilflos als die Katakombis, weil sie hinter verrammelten Türen und vergitterten Fenstern, aber auch mit Piepmatz im Käfig und Blumentopf auf der Fensterbank von einer konkreten Utopie, eben ihrer Revolution träumen.

Der Außenstehende, der an der Ihnestr. 22 vorübergeht, mag lächeln über den ausgestopften Vermummten, der neben dem Pallas Athene Kopf über der Haustür auf einer Laterne sitzt und ins ISI-Cafe einlädt, durch ein Hotzenplotz-Wandgemälde eher eine Mischung aus Räuberhöhle und Büro denn ein Cafe. Die im Institut Tätigen machen sich jedoch Sorgen, nicht nur weil man ihnen im Fachbereichsrat Tomaten an den Kopf wirft oder auch nachts die Büroräume aufbricht, um bequem ein Transparent zum Fenster hinaushängen zu können, sondern weil sie spüren, dass die ISI-Gruppe durch ihre Solidarisierung mit den RAF-Gefangenen den Bereich dessen verlässt, was man gerade noch als studentisches Allotria verharmlosen könnte, und sich in den Bereich der Beobachtungen und Maßnahmen des Staatsschutzes begibt.

Da macht man sich Sorgen, verdrängt damit zwar seinen Ärger über ordinäre

Sprüche und mehr als nur unhöfliches Betragen, aber man bleibt ziemlich ratlos, wenn man nicht wie viele Kollegen wegtaucht oder in den bürgerlichen Medien in anmaßender Pose doch nur die eigene Ahnungslosigkeit dokumentiert. Die praktische Ratlosigkeit aller hat dazu geführt, dass an meinem Fachbereich ein erheblicher Teil der Kollegen abgetaucht ist oder einfach den Forschungsbetrieb fortführt, als ob nichts geschehen wäre. Der andere Teil sucht ruhelos nach konstruktiven Lösungen. Diese Gruppe der Ruhelosen kommt aus ganz unterschiedlichen hochschulpolitischen Gruppen. Es reden jetzt miteinander auf den Fluren und in der Kantine Kolleginnen und Kollegen, die sich bisher nur flüchtig begrüßt haben.

Ich gab Ihnen diese Informationen zur Atmosphäre in einem Fachbereich der Freien Universität, um verständlich zu machen, dass ich in einer solchen Situation anfang, auch an das Evangelium neue Fragen zu stellen und Texte neu auszulegen.

Zwei Tage vor der letzten Sitzung der Kirchenleitung hatte ich am Tagebuch notiert: "Wache um 4 Uhr auf und mache mir Gedanken über die Katakombis und die Bergpredigt. 'Selig sind die Leistungsschwachen, denn ihnen ist eine Laufbahn bereitet' (Mat. 5,3)." Ich bat die Kirchenleitung dann am 24. Januar über die erste Seligpreisung in der Bergpredigt laut nachdenken zu dürfen, und Sie sind freundlicherweise auf diesen irregulären Wunsch eingegangen, haben also die übliche Praxis, den Predigttext des nächsten Sonntags im Voraus zu bedenken, einmal aufgegeben.

Was hätte denn Jesus zu den streikenden Studenten gesagt? Sich selbst darf man solche Fragen doch wohl stellen. Ich meinte, die Bergpredigt heranziehen zu müssen. Das lag vielleicht auch daran, dass ich zwei Jahre zuvor in den nun von den ISIs besetzten Räumen eine Vorlesung über "Die Bergpredigt und die Politik" gehalten, aber die Studenten eher den Privilegierten als den Armen zugeordnet hatte. Und dies hatte den Studenten bei meiner globalen Perspektive, also im Blick auf die Dritte Welt und im Blick auf die Arbeitslosen ohne Ausbildung, sogar eingeleuchtet.

Ich habe in den letzten Wochen begriffen, dass ich mit dieser globalen Sichtweise jedenfalls die ganze Wahrheit nicht getroffen hatte. Der Streik im allgemeinen, besonders dann die Vehemenz der Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts und die Hemmungslosigkeit und Aggressivität beim Beschriften der Wände haben mir erschreckend klar gemacht, dass ich die sozialen und mentalen Probleme unserer Studenten verdrängt hatte. Wir haben diese Probleme zwar gehäut, haben sogar Indizien registriert und untereinander angesprochen, aber nichts unternommen. Ich hatte im Sommersemester bereits den Wunsch geäußert, Probleme der Wirksamkeit unserer Lehre und insbesondere die hohe Fehlquote in den Kursen infolge des Jobbens vieler Studenten zu besprechen.

Ohne dass ich nun selbst intensiv daran gearbeitet oder gegen die Nonchalance

meiner Kollegen aufgebeht hätte, wurde das Thema immer wieder und schließlich vom Sommersemester auf das Wintersemester vertagt. Erst kurz bevor der Streik losbrach, kamen wir dann im Dozentenkreis zu der Einsicht, dass es so nicht weitergehen könne. Als sensibelster Beobachter im Vorfeld des Streiks hat sich übrigens der Studentenpfarrer der Freien Universität Berlin Peter Paul Junge erwiesen.

Natürlich hat jede Universität auch ihre Sonnenseite und diese hat die Freie Universität zum 40jährigen Jubiläum dem Establishment präsentiert. „Doch die im Dunkeln sieht man nicht“. Wer spricht schon bei einer solchen Jubiläumsfeier gerade darüber, dass ein großer Teil der Studenten - und am Otto-Suhr-Institut sprechen wir von einem Drittel - gar kein Examen macht? Und von denjenigen, die nach immer länger werdender Studienzeit schließlich doch zu einem akademischen Abschluss kommen, wird erfahrungsgemäß etwa die Hälfte ihren erlernten Beruf nicht ausüben können. Aber auch jene Drop outs und die arbeitslosen Akademiker sind noch nicht die ganz Armen. Sie wursteln sich vielleicht so durch, nehmen aber weniger befähigten Nicht-Akademikern die Arbeitsplätze weg, die deren Ausbildungsstand entsprechen würden. Schließlich bleiben in diesem Verdrängungswettbewerb unten die ganz Armen, also die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss und ohne Berufsausbildung übrig.

Dieser Prozess der Verelendung ist in der Regel nicht das Problem unserer eigenen Kinder, denn als Privilegierte bauen wir vor, und dann landen unsere eigenen Kinder meistens auch auf der präsentablen Sonnenseite des universitären Lebens.

Aber das hat es auch zu Jesu Zeiten schon gegeben. „Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.“ Wer waren denn die Zuhörer der Bergpredigt bzw. der diversen Ansprachen Jesu? Georg Strecker schreibt in seinem exegetischen Kommentar zur Bergpredigt: „Die Jünger treten zu ihm und bilden gleichsam einen inneren Zirkel gegenüber dem der äußeren Volksmenge.“ (Die Bergpredigt. Ein exegetischer Kommentar, Göttingen 1985, S.26). So stellt sich das ein Göttinger Theologieprofessor vor, der vermutlich nur ordentliche Lehrveranstaltungen kennt! - Und er kann sich dabei durchaus auf die Texte von Matthäus und Lukas berufen. Doch ich bin nicht sicher, dass es bei Jesu Ansprachen so liturgisch strukturiert zugegangen ist. Andere Stellen lassen vermuten, dass chaotisch gedrängelt wurde, und dass die Zuhörer ein ziemlich bunter, vielleicht sogar aggressiver Haufen waren. Immerhin ist anzunehmen, dass die Armen in der großen Überzahl waren, und die Zöllner und Schriftgelehrten die Ausnahmen blieben. Und zu diesen Elenden seiner Zeit sagte er nun: „Selig sind die Armen, denn ihrer ist das Königreich der Himmel.“

Wichtig für unsere Auslegung ist, was Jesus unter den Armen verstanden hat. Ich referiere zunächst, was ich bei Bernhard Krautter (Die Bergpredigt im Religionsunterricht, München 1973) gefunden habe: „Der griechische Begriff

ptochós (hebräisch ani oder anaw = arm) hat zur Zeit Jesu eine lange Tradition und Entwicklung durchlaufen. In der babylonischen Gefangenschaft bleiben die kleinen Leute dem alten Jahwe-Glauben treu; es sind die Armen und von Mächtigen Bedrückten zugleich die Frommen und Gottesfürchtigen; so gehört zum ‚Arm‘-Sein zugleich Ergebung in Gottes Willen und die Erwartung, Gott werde ihr Schicksal wenden und ihnen Recht verschaffen... Es steckt also im ‚Arm‘-Sein bei Jesus wohl ein Doppeltes: Eine echte Notlage, zugleich aber ein Sich-Ausstrecken nach Gott, der allein dieses Elend durch sein Eingreifen beenden kann. Dann hätte Lukas mehr den sozialen Aspekt betont und Matthäus mehr den religiösen. Für Jesus selbst würde allerdings die konkrete Notsituation im Vordergrund gestanden haben, das zeigt insbesondere sein Umgang mit Kranken und Elenden, ohne das dieses Alles-von-Gott-Erwarten fehlen würde. Arm im Geiste ist also einer, der arm ist bis in sein Innerstes und um diese seine Armut auch und gerade vor Gott weiß.“

Vielleicht finden Sie es verrückt, aber ich hatte in den letzten Wochen das sichere Gefühl, dass diese Aussage Jesu „Selig sind die Armen“ gerade für die Studenten gilt, welche in dem Massenbetrieb unterzugehen drohen und die sich von vornherein keine Berufschancen ausrechnen. Mein katholischer Kollege Franz Ansprenger, der sich in der Gruppierung „Justitia et Pax“ engagiert, schrieb fast parallel zu meinem Brief an die OSI-Studenten am 3. Januar an den Dekan des Fachbereichs:

„Fundamental und bundesweit ist für mich seit Jahren klar, dass der Staat die Universitäten weder als Stätten der Lehre noch der Forschung ernst nimmt, sondern sie als eine Art Durchlauf-Abkühler für eine Studentengeneration nach der anderen betrachtet, deren Ansprüche an die Gesellschaft (Stichwort A 13) nicht mehr erfüllbar sind. Ihr Protest soll aber auf die Prellböcke abgeleitet werden, die da Professoren heißen. Der Betrieb des Durchlauf-Abkühlers soll möglichst wenig kosten. Die Auslese von Führungskräften und die Investition für die Zukunft finden anderswo statt.

Anlass der aktuellen Aktionen ist, in dieser Sicht betrachtet (und nur in dieser Sicht wird für mich die Hochschulpolitik der letzten Jahre fassbar), dass der Staat die Druckfestigkeit der Leitungsrohre in seinem billigen Durchlauf-Abkühler überschätzt hat. So kam es unter 'Überlast' zur Verschulung dessen, was wir gemeinhin Lehre nennen, zur Auflösung des persönlichen Kontaktes zwischen Dozenten und Studenten (ich verstehe beide Worte von ihrem lateinischen Ursprung her als zwischengeschlechtlich), zur Raumnot und studentischen Wohnungsnot und Bafög-Misere und so weiter.

Mit allen, die gegen diese Zustände protestieren wollen, bin ich prinzipiell solidarisch. Denn ich glaube schlicht und einfach, dass jede Studentengeneration viel zu wertvoll und dass das Leben zu kurz ist, um vier oder sechs Jahre mit 'Abkühlung' zu verplempern.“

Eigentlich wäre also eine Bergpredigt an die Studenten fällig. Aber wie sollen wir es sagen? Können wir übersetzen „Selig sind die kaputten Wessis, denn ihrer ist die konkrete Utopie?“ Oder sollen wir sagen: „Heil den Kaputten, denn Gott wird sie auf ihrer Laufbahn begleiten?“

Wir müssen etwas sagen und dann im Sinne von Matthäus und Lukas den Sprüchen Taten folgen lassen. In der „Guten Nachricht“ wird übersetzt: „Freut euch, ihr Armen! Ihr werdet Gottes Volk sein, wenn er sein Werk vollendet.“ Aus der Zusage Jesu von der Nähe, ja der beginnenden Präsenz des „Königreichs der Himmel“ dürfen wir auch in schwieriger Situation die Kraft schöpfen, wenigstens eine Besserung der Lage zu versuchen, die zunächst unbeholfen erscheinenden universitären Reformen voranzutreiben. Es kommt auf die Perspektive an. Wir müssen aus den verrücktesten Sprüchen einiger Katakombis über ihre Revolution und ihre Utopien heraushören, dass sie angesprochen werden wollen auf dieses Reich Gottes, das nahe zu ihnen gekommen ist. Das wäre Solidarität mit den Studenten, mit den angeblich „kaputten Wessis“.

Aufruf zu einer gewalttätigen 1.-Mai-Demonstration. Wenn man sich mit Berufung auf Gandhi und King dagegen verwahrte, wurde man persönlich angegriffen – zumindest verbal.

Antwort auf meine Kritik am „revolutionären 1. Mai“ war im OSI die Wandparole: „Barschel, Schleyer, Strauß – Ebert such dir was aus!“ So sprach nur eine kleine Minderheit, aber es waren vermutlich Studenten aus meinen Kursen beteiligt.

In dieser Zeit war ich Mitglied der KL.
Die Lage war deprimierend.

Anfrage an die KL: Wie stehen wir zu Buwe-Einsätzen außerhalb des NATO-Gebiets. Wir setzen eine KL-Kommission ein. Ergebnis ist der Vorschlag ZFD. Im Rahmen der allg. Wehrpflicht.

Mich interessiert, wie sieht die Ausbildung zum ZFD aus? Kurse am OSI. Enge Zusammenarbeit mit den Studenten.

Das offizielle Konzept: Friedensfachdienst. Zu klein. Dennoch wichtige Pionierarbeit. Darum 2007 Studienreise nach Serbien zu den Mitarbeitern des ZFD.

Anmerkungen zur aktuellen Lage:

Anerkennung für Gene Sharp mit alternativem Nobelpreis. Gefragt wäre die Weiterentwicklung des Konzeptes „Gewaltfreier Aufstand“ - auch im Blick auf Syrien.

Gute Ansätze bei Zusammenarbeit von regierungskritischen Israelis und gewaltfreien Palästinensern.

Notwendig ist Kritik an dem neuen fragwürdigen Konzept der „Responsibility to protect“.